

Kommunale Demokratie

Jetzt wehrhafter machen

> Sven Tetzlaff

Der Missbrauch der konstituierenden Sitzung des Thüringer Landtags durch die AfD war ein Warnruf an die demokratischen Parteien: Spätestens jetzt muss auf allen Ebenen der Demokratie – den Kommunen, den Ländern und dem Bund – geprüft werden, wie mögliche Einfallstore für die Feinde der freiheitlich-demokratischen Grundordnung geschlossen werden können. Der Zeitpunkt jetzt ist richtig, um mit gebotener Ruhe und gründlicher Abwägung Änderungen vorzubereiten und sie in den nächsten Legislaturperioden umzusetzen.

Auf Ebene des Bundes und der Länder wird bereits genauer hingeschaut, wie die demokratischen Institutionen und Prozesse gegen Extremisten und autoritäre Populisten jeglicher Ausrichtung abgesichert werden können. Auch auf kommunaler Ebene lohnt der Blick. Hier zeigt ein Gutachten im Auftrag der Körber-Stiftung, wie es gehen kann.

Zunächst die gute Nachricht: In der Gesamtschau ist die kommunale Ebene zur Abwehr verfassungsfeindlicher Bestrebungen solide aufgestellt. Dennoch sind kommunale Strukturen gegen die Unterwanderung durch verfassungsfeindliche Kräfte nicht gänzlich immun.

So lässt sich über das Wahlrecht der Einzug von Verfassungsfeinden in Vertretungskörperschaften nicht verhindern. Wenn Kommunen Fraktionen finanziell unterstützen, müssen davon nach geltendem Recht auch aus verfassungsfeindlichen Parteien zusammengesetzte Gruppierungen in den Vertretungskörperschaften profitieren. Der verfassungsrechtlich verankerte „Spiegelbild-

lichkeitsgrundsatz“ sieht vor, dass auch verfassungsfeindliche Parteien Anspruch auf proporzgerechte Vertretung in den Ausschüssen haben. Verfassungstreue ist bislang noch nicht in allen Ländern Wählbarkeitsvoraussetzung für kommunale Hauptverwaltungsbeamtinnen und -beamte. Und, und, und.

Was tun? Drei Dinge sind notwendig: Erstens – wie sollte es im föderalen System anders sein – sind die Bundesländer auf kommunaler Ebene unterschiedlich resilient. Hier gilt es jetzt, den Austausch zwischen ihnen zu organisieren und zu prüfen, welche Regelungen sich bereits bewähren und wo Bundesländer nachbessern sollten. Zweitens müssen die demokratischen Parteien zur Änderung der Kommunalverfassungen parteipolitische Spielchen gegenüber ihrer staatspolitischen Gesamtverantwortung zurückstellen. Und drittens bedarf es für kommunale Verantwortungsträger Fortbildungen über den Umgang mit Extremisten, die das Versagen des Rechtsstaates vorführen wollen. Das wäre ein Maßnahmenpaket für wehrhaftere Kommunen.

> Sven Tetzlaff leitet den Bereich Demokratie und Zusammenhalt bei der Körber-Stiftung.

Ritgen, Klaus: Wehrhafte Kommunen? Politische Resilienz in herausfordernden Zeiten, Hamburg 2024, Kurzfassung (neun Seiten) und Gutachten (101 Seiten) auf <https://koerber-stiftung.de/www.ogy.de/zbmf>



Foto: Körber-Stiftung